Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 32 — Freitag, 7. Februar — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar.

Weimar, 6. Februar. (Drahtnachricht unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters). Die Stadt Weimar ist sich der geschichtlichen Bedeutung, die der Eröffnungstag der Nationalversammlung hat, bewußt. Alles zeigt einen ruhigen Ernst. Das ist die Stimmung, aus der tatkräftige Arbeit zu dem Neuaufbau Deutschlands erwachsen kann. Man vermißt die Phrase, die früher so oft bei feierlichen Gelegenheiten herrschte. In Weimar ist alles sachliche Würde. Rein äußerlich kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die Tagung der Nationalversammlung in voller Ruhe und ohne Störung durch äußere Einflüsse vonstatten gehen wird. Die gutmütige Art des thüringischen Volkes bürgt schon dafür, daß störende Zwischenfälle nicht vorkommen werden. Die Meldungen, die in der letzten Zeit über geplante Anschläge gegen die Nationalversammlung durch die Presse gingen, sind erfunden. Das gilt auch von der Meldung über den Kriegszug der Gothaer Truppen. In Weimar und in den umliegenden Orten herrscht Ruhe und wird auch weiterhin Ruhe herrschen.

Die Eröffnung der Nationalversammmlung geht in der Weise vor sich, daß am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr der Alterspräsident Pfannkuch die Abgeordneten begrüßt, alsdann wird Ebert die Eröffnungsrede halten. Er wird darin auf das Zustandekommen der Nationalversammlung hinweisen, die nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt, die beste Verkörperung des gesammten Volkswillens darstelle. Danach wird er in großen Zügen über die Hauptaufgaben sprechen, die die Nationalversammlung zu erledigen hat. Nach ihm wird voraussichtlich August Baudert und Ludo Hartmann im Namen der Deutsch-Oesterreicher das Wort nehmen. Die Ausführungen über Deutsch-Oesterreich werden zweifellos von grundlegender Bedeutung sein und deshalb dem Eröffnungstage eine ganze besondere Bedeutung geben.

Es sind in der Presse bisher allerlei Vermutungen über die kommende Koalitionsregierung aufgetaucht, wonach der Regierungsblock aus der sozialistischen Mehrheitspartei, der Deutschen demokratischen Partei und dem Zentrum gebildet werden soll. Endgültiges kann darüber zur Stunde noch nicht gesagt werden, da die Verhandlungen zwischen und in den Fraktionen darüber noch andauern. Doch ist unverkennbar das Bestreben vorhanden eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zu schaffen. Unrichtig ist aber die Mitteilung, daß die sozialistische Mehrheitspartei und die Unabhängigen vor einer Einigung ständen. Die innerpolitische Lage ist zur Zeit derart, daß die Mehrheitspartei unbedingt auf volle Klarheit und Selbständigkeit sehen muß. Zudem haben ja die Unabhängigen im Reiche in letzter Zeit oft mehr oder minder gemeinsame Sache mit den Kommunisten gemacht und viele Arbeiter- u. Soldatenräte in ihrem Widerstand gegen die bevorstehende politische Neuordnung gestärkt.

Weimar, 5. Februar. (W. T. B.) Mit dem heutigen Pressezuge trafen Kriegsminister Reinhardt, der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. von Krause und der Staatssekretär Lewaldt sowie der frühere Kriegsminister Scheüch ein.

Die Demokraten wählten Payer zum einstweiligen Vorsitzenden, das Zentrum Gröber zum ersten und Trimborn zum zweiten Vorsitzenden.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 6. Februar. (Drahtnachricht). Amtlich. In der Gegend von Neu-Smolno und Antonsdorf stärkere Patrouillengefechte. In den übrigen Abschnitten nur geringe Patrouillentätigkeit.

Noske über die Ereignisse in Bremen.

Nach dem Tode Liebknechts und der Rosa Luxemburg ist es zwar in Berlin ruhiger geworden, aber der Geist der beiden treibt seinen Spuk bald hier, bald dort im weiten deutschen Reiche. „Spartakus“, der Inbegriff gewissenloser Gewalttätigkeit zur Befriedigung politischer und sozialer Machtgelüste: Spartakus lebt noch und bedroht nach wie vor die Ruhe und Ordnung des Landes. Zwar tritt er jetzt meist unter dem Namen des Kommunismus auf, aber in seinem Wesen ist er derselbe geblieben. Alle Eigenschaften, die wir bis zum Ueberdruß an ihm kennen gelernt haben, entfaltete er neuerdings zum Schrecken der friedlichen Einwohner in Bremen. Nicht nur gegen das Bürgertum, sondern auch gegen die ihm die blinde Gefolgschaft verweigernde sozialdemokratische Arbeiterschaft wütete er mit allen Mitteln roher Gewalt. Noske selbst hat darüber seinen Parteigenossen in Weimar eine Schilderung gegeben, die das verbrecherische Treiben der sogenannten Kommunisten schonungslos enthüllt. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß wenigstens die sozialdemokratischen Fraktionsgenossen Noskes das schließlich unvermeidliche Zugreifen der Regierung gebilligt und damit ein gewisses Verständnis für die tatsächliche Lage gezeigt haben. Aber damit ist es nicht genug: die Regierung müßte vielmehr entschlossen sein, künftighin nicht die Gefahr anwachsen zu lassen, indem sie die Bestie durch gütiges Zureden zu beschwichtigen sucht. Hat doch die Erfahrung gelehrt, daß in diesen Fällen Gewalt nur mit Gewalt abgewehrt werden kann.

Aus Weimar wird uns dazu drahtlich berichtet:

Weimar, 5. Februar. (Drahtnachricht) In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich heute nachmittag mit den Bremer Vorkommnissen beschäftigte, führte Noske u. a. aus:

In Bremen war von Versammlungsfreiheit keine Rede, von Pressefreiheit noch weniger. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die Arbeiter aus den Fabriken zu Demonstrationszügen herausgeholt. Das aus dem Felde zurückgekehrte Regiment 75 wurde unter trügerischen Versprechungen vor Maschinengewehre gerückt und unter Bruch der feierlichen Vereinbarungen entwaffnet. Mit vorgehaltenem Revolver wurde unser Parteiwahlfonds von 35 000 Mark abgepreßt, mit vorgehaltenem Revolver wurden die Banken gezwungen, das Bremer Depot der „Bremer Bürger-Zeitung“ heraus zu geben. Anstelle jeder Freiheit wurde über Bremen der Belagerungszustand verhängt. Gegen diese Mißwirtschaft suchte die Reichsregierung wochenlang durch Ermahnungen und Appelle eindringlichst anzukämpfen. Als Antwort bekam sie höhnische Abweisungen. Embargoschiffe konnten erst abfahren, als man den kommunistischen Seeleuten ganz besonders hohe Prämien zahlte. Dazu stellten, nachdem der Transportarbeiter-Verband und die Reeder sich geeinigt hatten, die kommunistischen internationalen Seeleute die verrücktesten Erpresserforderungen und drohten, keine Schiffe ausfahren zu lassen, wenn ihre Forderungen nicht restlos bewilligt würden. Sogar die Sabotage aller Lebensmittelschiffe wurde uns in Aussicht gestellt, wenn wir nicht sofort nachgäben. Da mußten wir Ordnung schaffen, wenn nicht die Ernährung des deutschen Volkes gefährdet werden sollte. Die Bremer und Hamburger Gewaltherrschaft wollte sogar die Minenboote wieder bewaffnen, die nach den Waffenstillstandsbedingungen desarmiert werden mußten.

Nach langem Zögern entschloß sich die Regierung zum militärischen Angriff. Unser Bremer Kollege Deichmann war während der ganzen Aktion beim Stab der Division Gerstenberg, die nichts getan hat, was er nicht für notwendig erklärt hatte. Der Einmarsch in Bremen und die Entwaffnung wären vielleicht ohne Blutvergießen möglich gewesen, wenn sich der Hamburger Soldatenrat nicht eingemischt hätte. Dieser beanspruchte die Oberste Kommandogewalt für den ganzen Bezirk des 9. A.-K. Die Regierung sollte in diesem Bezirk nichts ohne seine Zustimmung tun können. Wir haben alles Erdenkliche getan, um die Soldatenräte mit möglichst weitgehenden Befugnissen an unsere Oberste Heeresleitung anzugliedern, aber die oberste Kommandogewalt muß in den Händen der Reichsregierung bleiben. Leider hat sich ein Teil unserer Hamburger Parteigenossen von der Hetze gegen die Reichsleitung ins Schlepptau nehmen lassen. Solange wir die Kraft haben werden, werden wir die Freiheit des deutschen Volkes gegen die terroristischen Gewaltakte einer kleinen Minderheit zur Geltung bringen. Die Schuld an dem Blutvergießen, das leider unvermeidlich geworden, trifft nicht uns, sondern die, die den Willen des deutschen Volkes nicht anerkennen wollen.

Nach der Rede Noskes erfolgte die einstimmige Annahme folgender Entschließung: Die Fraktion nimmt von den Mitteilungen über die Vorgänge in Bremen Kenntnis und billigt das Verhalten der Reichsregierung.

Die Kämpfe in Bremen.

Bremen, 5. Februar. (Drahtnachricht.) Ueber die Kämpfe in Bremen wird noch gemeldet: Die Verluste der Freiwilligen Korps werden bis jetzt auf 16 Mann geschätzt, darunter 4 Tote. Das Gerücht, Leutnant von Pritzelwitz sei gefallen, bestätigt sich nicht. Die Spartakisten zogen sich in westlicher Richtung zurück. Man erwartet deshalb weitere Kämpfe in der Waller-Vorstadt, im Hafenviertel und besonders bei den Gebäuden der A. G. Weser, wo die Spartakisten sich verschanzt haben sollen. Bislang haben die Aufständischen die Waffen noch nicht abgegeben.

Bremen, 5. Februar. (Drahtnachricht.) Bei Vorrücken der Abteilung Caspari überraschte die Besatzung eines Panzerautos in einer Gastwirtschaft in Krümpel eine starke Kommunistenwache. Die Spartakisten hoben die Hände hoch; darauf stieg der leichtverwundete Führer des Panzerautos aus und ließ sich von einem Krankenträger verbinden. Plötzlich sprang ein Kommunist auf ihn zu und tötete ihn mit zwei Schüssen. Die Abteilung stürmte nun das Haus und ging dann unter heftigen Kämpfen namentlich gegen die Barrikaden auf der Oster-Straße bis zur Weserbrücke vor.

Einstellung des Telegraphenverkehrs in Hamburg.

Hamburg, 5. Februar. (Drahtnachricht.) Die Telegraphenbeamten haben morgens 9 Uhr den Dienst eingestellt, weil der A.- und S.-Rat nachts den Telegraphenverkehr der Zensur unterworfen hat. Sie werden den Dienst wieder aufnehmen, wenn der zum A.- u. S.-Rat entsandten Abordnung zugesichert wird, daß die Zensur aufgehoben und nicht wieder eingeführt wird. Seit 11 Uhr ist auch der Fernverkehr eingestellt. Der Zugverkehr Hamburg—Altona—Harburg ist ebenfalls heute eingestellt. Ankommende Fernzüge werden in den Vorstationen aufgehalten.

Die Flensburger Beamten gegen den A.- und S.-Rat.

Frankfurt, 5. Februar. (Drahtnachricht) Die Zentrale des Beamtenvereins Flensburg hat an den A.- und S.-Rat in Flensburg ein bis heute Mittag befristetes Ultimatum gerichtet, daß er nicht weiter gegen die Regierung vorgehe, sonst würden sämtliche Beamte in den Ausstand treten.

Von der Waffenstillstandskommission in Spaa.

Berlin, 5. Februar. (Dr.) Sitzung vom 4. Februar. Auf die deutsche Anfrage über das Ausbleiben von fünf mit französischen Kriegsgefangenen nach Cherbourg ausgelaufenen deutschen Dampfern erklärte der Vorsitzende, der alliierte Schiffahrtsrat werde demnächst in Paris über die weitere Verwendung dieser fünf Dampfer befinden. General Rudant bestätigte heute schriftlich, daß aus Haidar Pascha nicht nur die Zivilinternierten, sondern auch die deutschen Truppen heimbefördert würden. Er teilte ferner mit, daß bei der Weiterführung der Zivilprozesse in Elsaß-Lothringen, die noch am 11. November 1918 schwebten, nach dem damals geltenden deutschen Gesetz Recht gesprochen wird. Die deutschen Prozeßführer, die das Land indessen verlassen haben, können nur durch Rechtsanwälte französischer Abstammung vertreten werden.

Betreffs der Beschlagnahme deutschen Heeresgutes sprach die deutsche Kommission dem Verbande jedes Recht zu einer solchen in der neutralen Zone ab. Weiter gab das Oberkommando der Alliierten bekannt, daß weder in der neutralen, noch in der besetzten Zone Arbeiter- und Soldatenräte bestehen dürfen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission forderte dann die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Zuckers und erhob ferner gegen das Vorgehen des französischen Gesandten im Haag Einspruch, der der niederländischen Regierung das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes vollkommen unzutreffend übermittelt hat, sodaß die niederländischen Banken falsch unterrichtet waren. Wegen Vergehen der belgischen Besatzungstruppen gegen die deutsche Bevölkerung wurde Einspruch erhoben und daraufhin Abstellung versprochen.

Die englische Kommission teilte mit, daß Sir John Beale am 6. Februar in Spaa als Bevollmächtigter eintreffen wird, um im Auftrage der Alliierten die Frage der Lebensmittelversorgung des links- und rechtsrheinischen Gebietes zu untersuchen.

Die Kämpfe bei Rawitsch.

Rawitsch, 5. Februar. (Dr.) Die Infanterie des Gegners verhielt sich über Nacht ruhig. Feindliches Artilleriefeuer aus der Richtung Görchen lag zu unregelmäßigen Zeiten auf der Straße Sarnowoko-Görchen, Sarnowoko-Loszchyn und bei Szepter. Eigene Artillerie streute den Wald südlicher Sarne und das Gelände an der Bahn Sarnehofen ab. Der Feind hatte bei den gestrigen Kämpfen erheblich blutige Verluste und ließ drei Maschinengewehre und vierzig Gefangene in unserer Hand.

Die „Befreiung“ der Wenden.

Sehr zum Schmerze der polnischen und tschechischen Wühler ist die Vorarbeit zur „Befreiung“ der wendischen Slawenbrüder, deren Seelenzahl zur Zeit 167 000 beträgt, im deutschen Reiche bisher nicht so in Zug gekommen, wie sie es erwartet haben. Gleichwohl geht die Wühlarbeit weiter. In der „Narodni Politika“ vom 23. Januar finden wir folgenden Bericht: Aus der wendischen Vereinigung in Prag wird gemeldet: Die Verkündung des selbständigen Wendenstaates hat in der Ober- und Niederlausitz ein begeistertes Echo erweckt. In vielen Gemeinden wurde ein Frendengeläut veranstaltet. Auch die Lausitz will selbstständig und frei sein. Und dennoch wollen die Deutschen diese Freiheit vernichten, obwohl sie Wilsons Grundsätze vom Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt haben. Die Deutschen berauben die Wenden unrechtmäßig und steigern die Zahl ihrer Verbrechen ins Unendliche. Wir protestieren gegen ein derart barbarisches Handeln nicht nur im Namen unserer

Vereinigung, sondern auch im Namen des ganzen tschecho-slowakischen Volkes. Die Wenden können versichert sain, daß wir mit ihnen fühlen und daß wir sie nicht verlassen werden. Weder in der Ober- noch in der Niederlausitz hat man von diesen Kundgebungen etwas gemerkt.

Gegen den tschechischen Einfall ins österreichisch-schlesische Kohlengebiet.

Wie uns gemeldet wird, protestierte der in Warschau befindliche französische General Barthelemy gegen den tschechischen Einfall in das österreichisch schlesische Kohlengebiet. Gleichzeitig wandte er sich an Marschall Foch mit der Bitte um Einschreiten. Von Warschau ist zur Klärung der Lage eine amerikanisch englische Mission nach Oderberg gereißt. Auch die in Oesterreichisch-Schlesien befindliche englische Mission soll das Vorgehen der Tschechen mißbilligen.

Das Frauenwahlrecht in Luxemburg.

Luxemburg, 5. Februar. (Dr) Die Kammer nahm mit 34 gegen 31 Stimmen das Frauenwahlrecht an.

Die Streiks in England

sollen, wie wir hören, durchaus anarchistisch-bolschewistischen Charakter haben. Im Clyde-Distrikt sollen gegenwärtig 100 000 Mann streiken.

Monarchistenputsch in Südportugal.

Porto, 4. Februar. (Dr.) Gestern kam es in der Provinz Alemtejo zu einer royalistischen Erhebung. In Castello Branco wurde die Monarchie ausgerufen. Die Royalisten schnitten die Verbindung nach dem Norden und Süden ab. Zahlreiche Regierungstruppen und zahlreiche republikanische Fahnenflüchtige ergaben sich den Royalisten.

---

2. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch, dem 5. Februar 1919.

Am Magistratstische: Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtbaurat Kleefeld, die Stadträte Walter, Romann, Asch, Henschel, Urbanski, Ilgner, Dr. Meyer, Scheidling und juristischer Hilfsarbeiter Assessor Nr. Neumann.

32 Stadtverordnete sind erschienen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Stadtv.-Vorsteher Wartmann führt Bürgermeister Stachowitz den kürzlich von der Stadtverordnetenversammlung zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Stadtv. Scheidling in sein Amt ein und verpflichtet ihn in der üblichen Weise durch Handschlag. Der Stadtv.-Vorsteher begrüßt ihn mit herzlichen Worten und heißt ihn zu weiterer Mitarbeit willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Stadtverordnetenvorsteher Wartmann bekannt, daß zwei Dringlichkeitsanträge und zwei Anfragen eingegangen sind, in deren Besprechung nach erfolgter Anerkennung der Dringlichkeit der Anträge seitens der Versammlung eingetreten wird. Zuvor bittet Bürgermeister Stachowitz, das **Ergebnis der Volkszählung vom 12. Januar 1919** bekannt geben zu dürfen, das zwar noch nicht ganz endgültig ist, aber annähernd dem tatsächlichen Stande entspricht. Danach waren am 12. Januar in Thorn 47 443 Personen anwesend, wovon 29 434 = 62,04 Proz. auf die Deutschen, 17 835 auf die Polen und 174 auf Ausländer entfallen.

Die Mißstände in der Butterversorgung

hatten Stadtv. Dr. Wolpe veranlaßt, folgende Anfrage an den Magistrat zu richten: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die bestehende Fettnot zu mildern oder zu beheben? Zur Begründung dieser Anfrage führt Stadtv. Dr. Wolpe u. a. aus, daß die täglich sich steigernde Fettnot von jedem Menschen, ob gesund, ob krank tief empfunden werde. Die Monate Februar und März stellten die weitaus schlimmsten Monate in der menschlichen Ernährung dar. Die Butterration von 62½ Gramm werde jetzt nicht einmal mehr regelmäßig alle 14 Tage ausgegeben, sodaß sich die Frage aufdränge, ob die s. Zt. durch das System der achttägigen Butterwoche angeblich übergesparten Reserven noch vorhanden seien. Ferner bittet Redner um Auskunft über das Ergebnis der Reise des Direktors Fischer vom Ernährungsamt nach der Fettstelle in Danzig, zugleich seine Verwunderung darüber ausdrückend, daß der Magistrat es nicht für nötig gehalten habe, derStadtverordnetenversammlung von der Besetzung dieser Stelle Kenntnis zu geben. Die Not der Fettversorgung sei so groß, daß die Aerzteprüfungskommission sich gezwungen gesehen habe, eslbst die Rationen der Kranken auf die Hälfte herabzusetzen. Der Magistrat habe doch wohl nicht genügend Vorsichtsmaßregeln getroffen um dieser immer schwieriger werdenden Lage zu begegnen. Andere Städte wie beispielsweise Bromberg hätten größere Mengen Marmeladen verteilen können im Gegensatz zu Thorn, wo es schon seit langer Zeit überhaupt keine Marmelade mehr gegeben habe. Eine große Unzufriedenheit habe sich daher der Einwohnerschaft bemächtigt.

Bürgermeister Stachowitz: Die Anhäufung der Geschäfte im Verteilungsamt machten die Einstellung des Herrn Fischer, der sich seit etwa 14 Tagen in seiner Stellung befindet, unbedingt erforderlich, zumal Herr Heise mit Arbeit überhäuft war und diese nicht mehr allein bewältigen konnte. Von den wenigen Bewerbern, die sich um den Posten bemüht hatten, wählten wir Herrn Fischer, der uns als früherer Rechtsanwalt und späterer Bürgermeister von Lüchow in Hannover, wo er dem Verteilungswesen des gesamten Kreises vorstand, als durchaus geeignet erschien. Was die Fettversorgung betrifft, von der wir alle gleich hart betroffen werden, so ist für die nächste Zeit keine Besserung zu erwarten. Wir hatten s. Zt. 56 Zentner Butter übergespart, die aber inzwischen dadurch, daß wir trotz der geringer gewordenen Zufuhr noch längere Zeit hindurch die frühere Menge von 62½ Gramm aufrecht erhalten haben, bis auf einen kleinen Rest verbraucht sind. Von der Provinzialfettstelle Danzig, die sich in allem recht ablehnend verhält, ist uns erklärt worden, daß jede versorgungsberechtigte Gemeinde in der Provinz 62½ Gramm Butter auf den Kopf der Bevölkerung erhalte, doch sei es ungewiß, in welchen Zeiträumen diese Zuweisungen erfolgen, da es der Reihe nach gehe. Regelmäßige Belieferungen fallen daher in Zukunft ganz und gar fort. Die Zusatzkarten für Kranke sind bislang immer noch aus den Reservebeständen beliefert worden. Mit der Milchversorgung liegt die Sache ähnlich. Besondere Schwierigkeiten entstehen hier durch die schlechten Eisenbahnverbindungen, zudem macht sich jetzt die sehr bedenkliche Abnahme des Bestandes an Milchkühen durch die Schlachtungen bemerkbar. Unsere Bitten an die Provinzial-Fettstelle in Danzig, uns noch andere Kuhhaltungen oder Molkereien zuzuweisen, wurden von dort nicht berücksichtigt. Wenn andere Gemeinden, wie Bromberg, Marmelade ausgegeben haben, so sind dort wiederum die Mühlenfabrikate recht knapp. Außerdem haben wir hier Rübensaft verteilen können. Was von uns aus zur Besserung der gewiß schwer empfundenen Lage hat geschehen können, ist getan worden, und es ist zu hoffen, daß wir über die nächsten schwierigen Wochen auch hinwegkommen werden, bis im April wieder geregeltere Verhältnisse Platz greifen.

Stadtv. Dombrowski macht den Vorschlag, den früheren Zustand, d. i. die Verbindung mit dem Landkreis Thorn, der stets ein Ueberschußkreis gewesen, wieder herbei zu führen, was besonders im Hinblick auf die sich immer schwieriger gestaltenden Eisenbahnverhältnisse zu empfehlen sei.

Stadtv. Paul: Zu meinem größten Erstaunen muß ich feststellen, daß der berechtigte Wunsch der Thorner Bevölkerung nach Anstellung eines kaufmännischen Lebensmitteldirektors nicht vom Magistrat berücksichtigt worden ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Magistrat bitten, sich der städtischen Beamten hinsichtlich ihrer Besoldung mehr anzunehmen. Die städtischen Beamten und Lehrer sind nicht in der Lage, sich Butter zum Preise von 20 bis 25 Mark im Schleichhandelswege zu kaufen, daher würde ich es begrüßen, wenn der Magistrat uns in der nächsten Sitzung eine dementsprechende Vorlage, die die Besoldung der Beamten nach dieser Richtung regelt, bringen würde. Der Schleichhandel ist heute ein legaler Weg, und durch ihn hat man bei uns die Möglichkeit, Butter, Speck, Eier usw. in reichlicher Menge zu beschaffen.

Bürgermeister Stachowitz bemerkt, daß die Art der Lebensmittel-Verteilung die Anstellung einer volkswirtschaftlich vorgebildeten Kraft verlangt habe. Ein Kaufmann komme für diesen Posten, wie ihn Herr Fischer bekleide, nicht in Frage. Die Trennung der Stadt Thorn von dem Landkreise in der Butterablieferung sei im vergangenen Jahre unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt, weil der Landkreis die Stadt mit der Butterlieferung häufiger im Stich gelassen habe. Redner warnt davor, einen erneuten Anschluß anzustreben. Auf die Anregung des Stadtv. Paul hinsichtlich der Aufbesserung der Beamtengehälter glaubt er nicht mit der angeführten Begründung eingehen zu können. Stadtv. Dombrowski macht den Vorschlag, die Fettstelle in Danzig zu veranlassen, die Belieferung Thorns mit Butter nicht von Konitz, sondern von dem näher gelegenen Briesen oder Graudenz aus vorzunehmen. Stadtv. Dr. Wolpe wirft die Frage nach der Möglichkeit einer Sonderverteilung von Mühlenfabrikaten für die ausfallende Buttermenge auf. Der Gesundheitszustand sei auch in Thorn gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen, obschon die Zahl der Kranken nicht zugenommen habe. Vom 1. Januar d. Js. bis heute seien 1027 Anträge — über 300 mehr als im Jahre 1918 — auf Gewährung von Lebensmitteln bei der Aerztekommission eingegangen. Stadtv. Krause führt einen Teil der Schuld an der unregelmäßigen Butterbelieferung ebenfalls auf die ungünstige Lage von Konitz zurück und bittet, bei der Fettstelle in Danzig die Zuweisung eines zentraler gelegenen Ortes zu beantragen.

Stadtv. Kuttner kommt auf die Ausführungen des Stadtv. Paul zurück. Wer es ernst meine, könne einen derartigen Vorschlag nicht befürworten, denn man dürfe nicht den Schleichhandel öffentlich unterstützen. Der einzige Weg, der seiner Ansicht nach mit Erfolg beschritten werden könne und von dem er eine Besserung der Lage erwarte, sei der, sich zusammenzuschließen, um einen Notschrei an die Welt zu richten. Alle anderen Wege seien nutzlos.

Danach wird die Aussprache über diesen Punkt geschlossen. Die zweite Anfrage, die Stadtv. Meinas eingereicht hatte, betrifft die Gewährung von Teuerungszulagen an fünf von den Elektrizitätswerken von der Stadt übernommene Beamte, denen man bei Verpachtung der Werke die Gleichstellung mit den städtischen Beamten zugesichert habe. Die diesen kürzlich gewährte Teuerungszulage habe die betreffenden 5 Beamte veranlaßt, an die Leitung der Elektrizitätswerke wegen Auszahlung der gleichen Teuerungszulage heranzutreten. Die Direktion habe aber die Bewilligung dieser Zulage von der bei der Stadt nachgesuchten Erlaubnis einer Tariferhöhung für Gas und elektrisches Licht abhängig gemacht. Das sei nicht angängig. Wenn die Stadt die Zusicherung gegeben habe, daß die fünf Beamten der Elektrizitätswerke nicht schlechter gestellt sein dürften als die Beamten der Stadt, so habe sie damit auch die Verpflichtung übernommen, gegebenenfalls einen Ausgleich zu schaffen.

Stadrat Asch weist jeden rechtlichen Anspruch der fünf Beamten auf Nachzahlung der Teuerungszulage mit der Begründung zurück, daß ihnen im § 2 des Vertrages nur die z. Zt. des Abschlusses des Vertrages bestehenden Teuerungszulagen zugebilligt seien. Bislang habe aber trotzdem das Elektrizitätswerk sämtliche Teuerungszulagen freiwillig gezahlt, allerdings sei stets dabei bemerkt worden, daß dies freiwillig geschehe. Redner bittet, die Angelegenheit bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 19. 2. ruhen zu lassen, in der über die Erhöhung der Tarife Beschluß gefaßt werden soll. Bis dahin möchten sich auch die 5 Herren geduldigen. Die Arbeitslöhne, die die Elektrizitätswerke unter dem Druck der Verhältnisse hätten bewilligen müssen, betragen mehrere 100 000 Mark.

Die Stadtv. Gerson und Paul halten die Zahlung der Kriegsteuerungszulage für unbedingt erforderlich. Stadtv. Meyer stellt den Antrag, sich zur Verhandlung über die Erhöhung der Tarife mit den Elektrizitätswerken nur unter der Bedingung einverstanden zu erklären, wenn die Elektrizitätswerke vorher den Beamten die Teuerungszulagen zahlen. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

Der erste Dringlichkeitsantrag betrifft die Erhöhung der zur Prüfung der Tariffragen für Gas und Elektrizität eingesetzten Kommission um drei Mitglieder. Die bisherige Kommission, bestehend aus den Stadtv. Krause, Meinas, Dombrowski, wird danach auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses durch die Stadtv. Wartmann, Gerson und Borkowski ergänzt.

Im zweiten Dringlichkeitsantrag bittet die Kleinwohnungsbaugesellschaft um

Bewilligung eines Kredites von 300 000 Mk. zum Bau von 40 Kleinwohnungshäusern

unter der Voraussetzung, daß die Summe vom Reich später zurückerstattet wird. Nach dem Bericht des Stadtv. Krause dürfte der augenblickliche Gestehungspreis eines solchen Hauses ungefähr 15 000 M. gegen 5000 M im Frieden betragen. Die Verzinsung soll 3½ v. H. betragen, sodaß vom Käufer jährlich etwa 525 Mark aufzubringen seien. Von der Stadt werde für jedes Haus eine Garantie von 7500 Mk. verlangt. Der Magistrat habe diese Vorlage als dringlich eingebracht, um durch die evtl. schnelle Inangriffnahme des Planes einen Teil der 2000 in 14 Tagen beim Artilleriedepot arbeitslos werdenden Arbeitern Beschäftigung geben zu können. Im Ausschuß sei nach längerer Beratung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Dr. Hasse beschlossen worden, die Angelegenheit zwecks näherer Prüfung bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung zu vertagen und eine Kommission zu wählen, die sich mit der Ausführung des Planes beschäftigen soll. Berichterstatter macht den Vorschlag, zunächst einmal 75 000 für den Bau von 10 Häusern zu bewilligen.

Stadtv. Dr. Wolpe fragt, wieviel Arbeitslose durch den Bau der Häuser Beschäftigung finden würden. Stadtbaurat Kleefeld glaubt, bei jedem Hause 6 bis 10 Leute verwenden zu können. Dem Stadtv. Felske erscheint die Einsetzung der Kommission für überflüssig. Es stehe fest, daß in der Stadt eine Wohnungsnot herrsche, denn über 75 Familien seien in Notwohnungen untergebracht. Vielen Personen, die gerne heiraten möchten, sei das Heiraten durch den Wohnungsmangel unmöglich gemacht. Beim Postamt 1 seien allein fünf Unterbeamte angestellt, die auswärts wohnen müßten, weil hier keine Wohnungen zu bekommen seien. Es sei ein alter Erfahrungsgrundsatz, daß drei v. H. aller Wohnungen leerstehen müßten, wenn keine Wohnungsnot vorhanden sei. Aus allen diesen Gründen gehe ganz klar hervor, daß in Thorn eine Wohnungsnot bestehe. Daher sei ihm unbegreiflich, wozu man noch eine Kommission zur Prüfung der Bedürfnisfrage einsetzen wolle. Es handle sich doch auch nicht um die Bewilligung von 300 000 Mark, sondern nur um die Bürgschaft hierfür.

Stadtrat Dr. Meyer bestätigt die Ausführungen des Stadtv. Felske über die Wohnungsnot. Es sei auch nicht zu erwarten, daß diese in absehbarer Zeit behoben sein werde, vor allem handle es sich aber auch darum, produktive Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, und dazu sei der Bau von Kleinwohnungen ganz besonders geeignet.

Stadtv. Paul tritt für Vertagung der Vorlage ein. Notstandsarbeiten und Bevölkerungspolitik gehen Hand in Hand. Es sei zu empfehlen, die vorgeschlagene, aus den Stadtvv. Gerson, Kuttner, Meyer, Hoffmann, Krause und Dombrowski bestehende Kommission um die Stadtvv. Meinas und Borkowski zu erweitern. Zwar sei es ein großes Risiko, eine derartig hohe Summe zu garantieren, aber im Hinblick auf die ungemein große soziale Bedeutung des Planes müßten alle Bedenken in der Geldfrage schwinden.

Stadtv. Dr. Wolpe stellt den Antrag auf Schluß der Aussprache und bittet zwecks Prüfung der Sachlage zur Wahl der Kommission zu schreiten.

Stadtrat Urbanski wendet sich in wenig sachlicher, das Gefühl vieler Stadtverordneten verletzenden Form gegen die Vertagung, was ihm Zwischenrufe wie unerhört usw. einbringt. Die Verschleppung der Vorlage führt Redner auf das Bestreben der Hausbesitzer, die die „langen Jahre hindurch die Mieter drangsaliert haben", zurück, der Bekämpfung der Wohnungsnot aus selbstsüchtigen Interessen entgegenzuarbeiten.

Stadtv.-Vorsteher Wartmann ist der Ansicht, daß Stadtrat Urbanski in seinen Ausführungen zu weit gegangen sei, indem er den Stadtverordneten Absichten unterzuschieben versuche, die den Tatsachen widersprechen.

Stadtv. Meyer weist die Anschuldigungen des Stadtrats Urbanski entschieden zurück, desgleichen Stadtv. Krause, der u. a. erwähnt, daß die Kleinwohnungsbaugesellschaft im Juli 1918 ins Leben gerufen sei, zu einer Zeit, da noch niemand an eine Revolution gedacht habe. Auch Bürgermeister Stachowitz wendet sich gegen die unberechtigten Vorwürfe des Stadtrats Urbanski.

Die Vorlage wird darauf antragsgemäß vertagt und eine Kommission, bestehend aus den Stadtvv. Gerson, Kuttner, Meyer, Hoffmann, Krause, Dombrowski, Meinas, Borkowski und Felske, zur weiteren Prüfung der Angelegenheit gewählt.

Berichterstatter Krause gibt sodann 1. das Dankschreiben des früheren Oberbürgermeisters der Stadt Dr. Bender-Breslau für die ihm zum 70. Geburtstag übermittelten Glückwünsche bekannt. — 2. Kenntnisnahme von der Versicherung des Kämmerers, daß die zum 1. April 1919 gekündigten Wertpapiere aus städtischem Vermögen ordnungsmäßig eingelöst werden. — 3. Zum stellvertretenden Armen- und Bezirksvorsteher des 11. Bezirks wird anstelle des verstorbenen Herrn Rogalla Herr Alfred Grethe gewählt. — Die Punkte 4 bis 11 umfassen Nachbewilligungen und Zustimmungen von Geldern, die im Interesse des Krankenhauses Verwendung finden sollen oder schon verwendet sind. 4. Nachbewilligung von 85 M. zu Ausgabe-Titel VI, 5 des Haushaltsplans des Krankenhauses (Fernsprechgebühren). 5. Nachbewilligung von 466 M. zu Ausgabe-Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zum Ankauf eines Verbandsstoff-Sterilisators. 6. Nachbewilligung von 200 M. zu Ausgabe-Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zum Ankauf eines Operationstisches. 7. Nachbewilligung von 2473,10 M. zu Ausgabe-Titel III, 6 des des Haushaltsplans des Krankenhauses. 8. Nachbewilligung von 450 M. zu Ausgabe Titel VII des Haushaltsplans des Krankenhauses zur Anlage eines Langenfilters. 9. Zustimmung zur Einstellung von 1000 Mark als einmalige Ausgabe in den Haushaltsplan des Krankenhauses für das Jahr 1919 zur Anschaffung von Türschließern und zum Ankauf von Brettern und Latten zur Herrichtung von Wirtschaftsinventar. 10. Zustimmung zur Einstellung von 2175 M. und 908,75 M. als einmalige Ausgabe in den Haushaltsplan des Krankenhauses für das Jahr 1919 zur Anschaffung von Maschinen für den Küchenbetrieb und zur Herstellung einer Heißwasserbereitungsanlage. 11. Zustimmung zur Wiederinstandsetzung der Warmwasserversorgungsanlage im roten Block des Krankenhauses und Bewilligung von 1500 M., zusätzlrch zu Titel V, Ziffer 1 a des Ausgabe-Haushaltsplans des Krankenhauses. Stadv. Gerson berichtet sodann über 12. die Rechnungslegung der Gewerbekasse für das Rechnungsjahr 1917. 13. Rechnungslegung der Gewerbeschule und gewerblichen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1916. 14. Rechnungslegung der Theater-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1916. Stadtv. Dr. Saft macht zu diesem Punkte auf verschiedene

Mißstände beim Theater

aufmerksam. Die Theaterdirektion habe in der letzten Zeit auf den Stamm der Theaterabonnenten wenig Rücksicht genommen, dagegen deren Rechte immer weiter beschränkt. So finden z. B. seit geraumer Zeit am Mittwoch Erstaufführungen außer Abonnement statt. Es sei auf diese Weise den Platzmietern unmöglich gemacht, ihre Blocks während einer

Spielzeit auszunützen. Für den Theaterdirektor sei eben mit der Bezahlung der Blocks das Geschäft erledigt. Von einem Wohlwollen der Direktion gegenüber den Abonnenten könne nicht mehr die Rede sein. Redner rügt dann noch die von der Theaterkasse unberechtigt geforderte Zahlung eines Zuschlags bei Umtausch der Theaterkarten.

Stadtv. Krause stimmt den Ausführungen des Stadtv. Saft in vollem Umfange zu und stellt den Antrag, schleunigst Maßnahmen zu treffen, um den Verkauf der Theaterkarten in einem vor Wind und Wetter geschützten Raum zu ermöglichen. Die Zustände augenblicklich seien unhaltbar. Wenn kein geeigneter Raum für den Kartenverkauf geschaffen werden könne, so solle man ihn in den Vorraum des Theaters verlegen. Dagegen wendet sich Bürgermeister Stachowitz, indem er der Befürchtung Ausdruck gibt, daß der Vorraum dann wahrscheinlich durch das Benehmen wenig Rücksicht übender Personen verunreinigt werden könnte. Was die Erhöhungen der Eintrittspreise betreffe, so habe man sie dem Theaterdirektor in Anbetracht der gewaltig gestiegenen Mehrausgabe an Gagen für berechtigt zuerkannt.

Stadtbaurat Kleefeld bittet ebenfalls, von einer Verlegung der Theaterkasse in den Vorraum absehen zu wollen, weil man durch den dann notwendig werdenden Einbau den Vorraum verunziere und seine architektonischen Werte vernichte. Er macht den Vorschlag, den im Jahre 1914 aus Kriegsrücksichten zurückgestellten Entwurf eines Neubaus der Theaterkasse zu berücksichtigen, der s. Zt. etwa 7000 M. erfordert haben würd.e Er werde aber den alten Entwurf noch einmal veranschlagen und ihn der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Sitzung vorlegen. Die Versammlung beschließt demgemäß.— 15. Rechnungslegung der Schlachthofs Verwaltung für das Rechnungsjahr 1916 16. Nachbewilligung von 500 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplank des Waisenhauses. 17. Nachbewilligung von 550 Mk. zu Ausgabe-Titel III, 1a des Haushaltsplanes für das Artusstift. 18. Nachbewilligung von 750 Mk. zu Abschn. B Ausgabe-Titel VI, 1 des Haushaltsplans des Lyzeums und Oberlyzeums. 19. Nachbewilligung von 40 Mk. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans der Mädchen-Mittelschule I. 20. Nachbewilligung von 800 Mk. zu Ausgabetitel IV, 1 des Haushaltsplans der I. Gemeindeschule. 21. Nachbewilligung von 356,45 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans der III. Gemeindeschule. — 22. Nachbewilligung von 372,01 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans der IV Gemeindeschule. 23. Nachbewilligung von 1136,11 M. und 403,20 M. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans der Gemeindeschulen Thorn-Mocker. 24. Nachbewilligung von 78,08 M. zu Ausgabe-Titel IV, 1 des Haushaltsplans des Katharinen-Hospitals. 25. Nachbewilligung von 194 M. zu Ausgabe-Titel III, 1 des Haushaltsplans des Bürger-Hospitals.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7.30 Uhr.

Nicht öffentliche Sitzung.

Es erfolgte die Annahme folgender Punkte: Anstellung des Lazarett-Hilfsinspektore Karl Schwärzel als Krankenhausinspektor. 2. Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Assistenten Gams und Stoike auf den 1. Oktober 1911. 3. Anstellung des juristischen Hilfsarbeiters Dr. Hellmut Neumann als Magistratsassessor und Festsetzung seines Besoldungsdienstalters auf den 1. Mai 1912. Wahl des Lehrers Leo Gorski aus Ottlotschin zum Lehrer an der katholischen Knabenschule in Mocker. Nachbewilligung von 300 M. zu Titel XIII, 13 des Haushaltsplans des Lyzeums und Oberlyzeums.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 6. Februar 1919.

— **Die wirtschaftliche Lage im deutschen Malergewerbe** ist zurzeit die denkbar ungünstigste; Mangel an Rohstoffen, Mangel an Aufträgen zeitigten in diesem Gewerbe eine derartige Arbeitslosigkeit, wie eine solche noch nie beobachtet wurde. Die Versuche des Bundes deutscher Dekorationsmaler, die wirtschaftliche Lage zu heben und sich deshalb an zahlreiche staatliche und städtische Behörden mit Vorschlägen wandte, um die trostlosen Verhältnisse einigermaßen zu mildern, blieben größtenteils erfolglos. Der Bund deutscher Dekorationsmaler hatte in seinen Vorschlägen darauf hingewiesen, daß im Zeitalter der Zentralheizung alle Malerarbeiten im Innern technisch einwandfrei hergestellt werden können. Die Ausführung von Malerarbeiten und das Tünchen der Räume ist heute kein Luxus mehr, sondern ein hygienisches Bedürfnis. Die Bureaus von Staats- und Gemeindebauten, die Schulsäle, wo unsere heranwachsende Jugend erzogen wird, Kasernen, Bahnhöfe, Bankinstitute, Kaufhäuser usw. sind durch die jahrelange Vernachlässigung in einen Zustand gekommen, der eine Erneuerung als dringend notwendig erscheinen läßt. Was könnte bei gutem Willen hier an Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden und welche Summen könnten auf dieiem Wege der Arbeitsbeschaffung bei der Arbeitslosen-Unterstützung eingespart werden. Der Bund deutscher Dekorationsmaler wendet sich nun in seiner Not an die Oeffentlichkeit, mit der Bitte, um Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Angehörigen des deutschen Malergewerbes, um dieses Gewerbe vor allzu schweren Erschütterungen zu bewahren.

— **Die Schuhwarenpreise.** Vom „Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen" erhalten wir nachstehende Mitteilung: „Durch die Demobilisierung ist man im Publikum vielfach der Ansicht, daß nun mehr Leder vorhanden und infolge dessen eine ganz wesentliche Verbilligung des Leders und auch des Schuhwerks eintreten müsse. Das trifft leider nicht zu. Die Preise für Unter- und Oberleder sind um 20 Prozent erhöht, auch die Arbeitslöhne sind unter dem Druck der Verhältnisse weiter ganz wesentlich gestiegen, so daß die notwendige Erhöhung der Preise für Sohlen und Absätze je nach den örtlichen Verhältnissen bis 2 Mk. und mehr beträgt, als bisher zulässig war. Außerdem sind wir über die Lederknappheit noch lange nicht hinweg. Durch die Besetzung des linksrheinischen Gebietes ist einem sehr großen Teil unserer Leder erzeugenden Industrie die Möglichkeit genommen, uns ihre Produkte zuzuführen. In ganz besonderem Maße ist es Oberleder, das uns in Zukunft noch weit knapper werden wird als wie es bisher der Fall war. Daraus ergibt sich leider auch noch die weitere Tatsache, daß sich der Schuhmacher immer noch gezwungen sieht, bei seiner Arbeit Ersatzstoffe verwenden zu müssen. Wir wollen hierbei nicht unterlassen, auch noch darauf hinzuweisen, daß durch die Demobilisierung die Schuhmacher wieder in ihre Werkstatt zurückgekehrt sind und ihre alte Kundschaft wieder bedienen können. Das Publikum hat daher nicht nötig, das reparaturbedürftige Schuhwerk den während des Krieges entstandenen, von Nichtfachleuten geleiteten Reparaturwerkstätten anzuvertrauen. Auch erfüllt man eine vaterländische Pflicht, wenn man den aus dem Heeresdienst entlassenen Schuhmacher durch Arbeit unterstützt."

Dombrowken (Kr. Culm). Drei Räuber in Soldatenkleidung überfielen am Mittwoch abend den Kaufmann Louis Gottfeld in seinem Hause. Sie zwangen G. und seine Frau durch Bedrohung mit Erschießen sämtliche Schränke und Fächer sowie den Keller zu öffnen. Das Dienstmädchen und ein Nachbar wurden an Händen und Füßen gefesselt und von einem der Räuber mit schußfertigem Gewehr bewacht. G. und seine Frau wurden dann im Keller eingeschlossen. Die Räuber stahlen u. a. das ganze Geld und die Kriegsanleihepapiere, die G. erst kürzlich von der Bank abgehoben hatte. Um eine Verfolgung unmöglich zu machen ,schnitten sie die Telephonleitungen durch und nahmen den Hausschlüssel mit.

Danzig. Wie die Polen arbeiten, dafür ist Beweis das Ergebnis einer Versammlung, die in Dirschau stattgefunden hat und an der etwa fünfhundert Personen, darunter hundert Frauen, nach amtlicher Auskunft teilgenommen haben. Von ihrer Leitung wurden Telegramme an Lloyd George, Präsident Wilson, Oberst House, Präsident Clemenceau, Marschall Foch und Senator Lodge abgesandt. In diesen Telegrammen ist die Rede davon, „daß über 25 000 Polen aus dem Kreise Dirschau an der Versammlung teilgenommen hätten". Nun hat der Kreis Dirschau im ganzen überhaupt nur 43000 Einwohner, und von diesen 43 000 Einwohnern sind höchstens 39 Prozent polnisch sprechende, was mit Polen noch nicht gleichbedeutend ist und einer Einwohnerzahl von noch nicht 17000 entspricht. Es müßte also nach den Telegrammen in jener Versammlung erheblich mehr als die gesamte polnisch sprechende Einwohnerschaft des Kreises Dirschau einschließlich der Säuglinge teilgenommen haben! Man stelle sich aber auch im übrigen eine Versammlung von 25 000 Menschen vor, noch dazu in einer Stadt wie Dirschau, in der nur etwa 18 000 Einwohner leben. Ferner wird in den Telegrammen betont, daß Polen „seine eigene historische Meeresküste" wieder verlange. Auch diese Behauptung, die immer wieder erhoben wird, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Nur von 1569 bis 1772 hat Polen bis zur Ostsee gereicht, und damals auch nur, nachdem es gegen den lebhaften Protest der westpreußischen Stände die alte seit 1454 beschworenen Rechte Westpreußens gebrochen und Westpreußen sich einverleibt hatte. Die ganze Art der Abfassung des Telegramms ist bezeichnend für die polnische Kampfesweise.

Königsberg. An der Königsberger Kunstakademie ist es dem „Ges." zufolge zu Meinungsverschiedenheiten gekommen zwischen dem Direktor Grafen Brühl und den Schülern und Schülerinnen. Die Schüler hatten eine Reihe von Wünschen geäußert, von denen der Direktor einige nicht ohne Anordnung des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung erfüllen durfte und die er demgemäß nach Berlin berichtete. Die Schüler und Schülerinnen haben einen Schülerrat gebildet, und dieser hat vor einigen Tagen nach längeren Verhandlungen beschlossen, beim Provinzialrat der Arbeiter- und Soldatenräte die Amtsenthebung des Direktors Grafen Brühl und des Verwaltungsinspektors Rechnungsrats Westermann zu beantragen. Der Provinzialrat hat daraufhin ohne Anhörung der beteiligten Beamten zunächst die vorläufige Amtsenthebung des Direktors verfügt und hat zugleich den Lehrer an der Akademie Wirh mit der Führung der Direktorgeschäfte beauftragt. Die Entscheidung über die von den Schülern beantragte Enthebung des Verwaltunginspektors steht noch aus. Dem Ministerium ist durch das Lehrerkollegium von dem Vorfall Meldung erstattet worden. Der Unterrichtsminister Hänisch hat daraufhin dem Oberpräsidenten als Kurahtor der Akademie mitgeteilt, daß die Direktorwahl durch Schülermajorität grundsätzlich nicht anzuerkennen ist und daß irgendwelche Aenderungen in der Verfassung der Kunstakademie zurzeit nicht in Aussicht genommen sind. — Zur Linderung der Wohnungsnot beabsichtigt der Magistrat Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohbehrlichen Teile ohne bauliche Aenderungen als ner übergroß sind, teilen zu lassen. wenn die enträumlich und wirtschaftlich selbstständige Wohnungen abgetrennt werden können — insbesondere die Herstellung einer besonderen Küche möglich ist. Der Magistrat übernimmt die fraglichen Räume als Mieter. Er ist berechtigt, auf seine Kosten in ihnen bauliche Aenderungen und Einrichtungen vorzunehmen und die Räume weiterzuvermieten. Kommt eine Einigung zwischen dem Magistrat, Mieter und Grundstückseigentümer nicht zustande, so setzt das Mieteinigungsamt die Mietverträge fest.

Schirpitz. Eisenbahnzusammenstoß. In der Nacht zum 6. Februar gegen 1/2 2 Uhr fuhr der von Bromberg kommende Personenzug im Nebel auf einen aus derselben Richtung in den Bahnhof einlaufenden Güterzug auf. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Wagen des Güterzuges und die Lokomotive des Personenzuges beschädigt. Dem Schlußschaffner des Güterzuges wurden beide Beine gebrochen. Der Personenzug fuhr zunächst nach Schulitz zurück und setzte später die Fahrt nach Thorn fort. Einige Wagen des Güterzuges mußten vorläufig außer Betrieb gesetzt werden.

Schneidemühl. Die preußischen Minister Ernst und Hirsch und Vertreter des Zentralrates trafen Montag abend nach 10 Uhr hier ein und haben auf dem Bahnhof mit den Vertretern der städtischen und militärischen Behörden, dem A.- und S.-Rat und einer Deputation aus Kolmar eine längere Besprechung gehabt. Oberst von Thaer und Oberbürgermeister Krause setzten die Gründe auseinander, welche die Bildung der hiesigen Bürgerwehr notwendig machten. Landrat Löhrs berichtete über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Es sprachen auch Vertreter der hiesigen Arbeiterschaft. Nach 1 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Schneidemühl. Vorbildliche Fürsorge. Das Lebensmittelamt kündigt in den Zeitungen den Verkauf von Kunsthonig und von je 1 Pfund Gerstengraupe, ferner von großen norwegischen Heringen, grünen Salzbohnen, 50 Gramm Butter und gleichzeitig 250 Gramm Margarine auf den Kopf der Bevölkerung an. Außerdem wird bekanntgegeben, daß auf jede Zuckermarke 1 1/2 Pfd. Zucker und auf die für Krankengebäck abgestempelte Brotmarke für je 200 Gramm Brot 125 Gramm Keks abgegeben werden.

Mehlgast. Verunglückt. Auf dem hiesigen See brachen 3 Söhne des Bahnbeamten Wegner in Schneidemühl ein. Einer der Knaben konnte sich retten. Den übrigen beiden wollte die Großmutter Hilfe bringen, sie fand aber selbst mit den Enkeln den Tod.

Ostrowo. Beim Wildern erschossen. Am Sonnabend, morgens 8 Uhr, wurde im Czekanower Walde der Arbeiter Leo Mlynarczyk beim Wildern von den Waldwärtern Robotnikowski und Kowalla überrascht. Auf einen von den Waldwärtern abgegebenen Schreckschuß gab Mlynarczyk auf die Waldwärter einen Schuß ab, der aber sein Ziel verfehlte. Darauf schoß einer der Waldwärter zum zweitenmale. Kurze Zeit darauf fiel Mlynarczyk hilfeschreiend zu Boden. Eine bisher unbekannte Person in feldgrauer Uniform kam in diesem Augenblick dem Mlynarczyk zu Hilfe, verschwand aber kurze Zeit darauf.

Neueste Nachrichten.

Bolschewistische Banden vor den Toren Ostpreußens.

Königsberg, 6. Februar. (Drahtnachricht.) Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird ist Telsze etwa 60 Kilometer von der ostpreußischen Grenze am 3. 2. von starken regulären Truppen und örtlichen Bolschewisten besetzt worden, von denen Teile nach Süden und Westen marschieren.

Bekanntmachung.

Der 19jährige Forstlehrling

Micesiaus Kowalski

aus Lissowitz ist von einem am Morgen des 2. Februar 1919 angetretenen Reviergang in den Wald nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Sachdienliche Angaben werden erbeten zu 3. J. 135/19.

Thorn, den 4. Februar 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Erhöhung der Fleischration.

Im Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat die Reichsfleischstelle die Fleischration mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Versorgung mit anderen Lebensmitteln

von wöchentlich 100 gr auf 200 gr erhöht.

Für Kinder bis zu 6 Jahren beträgt die Wochenkopfmenge die Hälfte dieser Ration.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Auf dem städtischen Holzplatz wird

Klobenholz

1. Klasse zu 35,— Mk., 2. Klasse zu 25,— Mk. pro rm ab Platz verkauft.

Stubben stehen zu 10,— Mark pro rm zum Verkauf

Ferner sind **Nutzhölzer** (2 m lange Rundhölzer und Bohlen) sehr preiswert abzugeben.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat.

Am Dienstag, d. 11. Februar
vormittags 10 Uhr
werden wir im **Jakobs Hospital**

Nachlaßsachen

versteigern lassen.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Die Hospital-Verwaltung.

Bin unter

Nr. 370

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Friseur Araczewski. Culmerstr. 24

Reisender,

der wirklich tüchtig, strebsam und durchaus erfolgreich eingeführt ist in Ost-, Westpr., Posen u. Pommern wird von Eisenwaren-Großhandl. als

Teilhaber

aufgenommen. Ferner wird ein

Einkäufer,

der absolut fachkundig u. langjährig erfahren sein muß, unter außerordentlich günstigen Bedingungen eingestellt. Ausf. Bewerbungen nebst Antrittstermin u. Zeugnisabschriften, die streng vertr. behandelt werden, erbeten unter Nr. 241 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bäckermeister

ledig, sucht Stelle als Werkführer vom 15. d. Mts. ab. Angebote unter H N. 252 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

---

1 Wächter (auch Kriegsbeschädigten) und

Arbeiter

stellen ein

Laengner & Jllgner

Thorn-Mocker.

Eisarbeiter

stellt noch ein Thorner Brauhaus.

Köchin,

die auch Hausarbeit übernimmt, per sofort gesucht.

Neustädt. Markt 4, 1.

Perfekte Köchin,

erfahren in Wäschebehandlung und Nähen, sucht Stellg. Ang. m. Lohnang. u. K P. 248 a. d. Geschst. d. Ztg.

Alle Reparaturen

an Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Grammophonen u. aller Arten Waffen zc. werden schnell und sauber ausgeführt.

Lewandowski, Mocker,
Lindenstraße 8.

Bekanntmachung.

Der unter dem 31. Januar 1919 von mir als Gouverneur in Gemeinschaft mit dem A.- und S.-Rate über die Festung Thorn verhängte Belagerungszustand auf Grund des § 3 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 wird mit dem heutigen Tage, mittags 12 Uhr ab, außer Kraft gesetzt. Es treten zu derselben Zeit für den Festungsbereich Thorn nachfolgende Bestimmungen in Kraft.

Verordnung.

1. Sämtliche öffentliche Lokale sind um 11 Uhr abends zu schließen. Das Betreten der Straße ist von ½12 Uhr abends bis 5 Uhr morgens sämtlichen Zivilpersonen nur auf Grund eines vom Militärpolizeimeister ausgestellten Ausweises gestattet.
   Militärpersonen bedürfen zum Betreten der Straßen zwischen ½12 Uhr abends und 5 Uhr morgens eines gestempelten Ausweises ihrer vorgesetzten Dienststelle.
2. Oeffentliche Tanzlustbarkeiten dürfen nur Sonnabend und Sonntag und nicht ohne besondere schriftliche Erlaubnis des Polizeimeisters veranstaltet oder abgehalten oder über die festgesetzte Zeit ausgedehnt werden.
3. Die Anwesenheit von jugendlichen Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bei öffentlichen Lustbarkeiten und in den zum Aufenthalt für die Teilnehmer in diesen bestimmten Räumen ist verboten.
4. Neben den Unternehmern und Leitern öffentlicher Tanzlustbarkeiten, sind auch die Wirte in deren Räume derartige Lustbarkeiten veranstaltet werden, für die Einhaltung der Punkte 2 und 3 dieser Verordnung verantwortlich.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Punkte 2—4 dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 60 Mark bestraft, sofern nicht nach den allgemeinen Strafbestimmungen eine höhere Strafe in Anwendung kommt, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt. Bei Uebertretung der Punkte 2—4 im Wiederholungsfalle werden die betreffenden Lokale geschlossen.
6. Die Versammlungsfreiheit wird in keiner Weise angetastet, doch sind sämtliche Versammlungen vorher beim Sekretariat des A.- und S.-Rates, Neustädtischer Markt 21, anzumelden.

Thorn, den 5. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat.
Raube. Böhme. Goldak.

Der Gouverneur.
v. Groddeck, Generalmajor.

Die Polizeiverwaltung.
Stachowitz.

Gesucht werden:

Kaufleute

aus der

Eisen-, Werkzeug- u. Holzbranche

Selbstgeschriebene Bewerbung und Lebenslauf sind mitzubringen.

Paritätischer städt. Arbeitsnachweis,

Thorn, Rathaus, Zimmer 28, Fernsprecher Nr. 621—624.

Geschäftsstunden von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

Für eine Zuckerfabrik verbunden mit Samenzüchtereien im Bezirk Magdeburg suchen wir eine große Anzahl von

Arbeitern, Arbeitsburschen, Frauen oder Mädchen

Für gute Unterbringung und Verpflegung ist gesorgt. Nähere Bedingungen sowie Abbildungen der Arbeitsstätten, Unterkunftsräume, liegen bei uns zur Ansicht aus.

Wir machen ganz besonders auf die lohnende Beschäftigung aufmerksam und bitten, daß sich Bewerber an folgenden Tagen und zu den angegebenen Zeiten melden:

7. 2. 19. von 8—12 Uhr vormittags.
8. 2. 19. „ 8—12 „ „
10. 2. 19. „ 8—12 „ „

Geschäftsstunden von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags.

Paritätisch-städtischer Arbeitsnachweis.

Rathaus, Zimmer Nr. 28.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.

Neueste Tänze.

Beginn am 11. Febr., abds. 8 Uhr, im Hotel „Drei Kronen“ Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held, Lehrer der Tanzkunst.

Freiwillige.

Für den

Grenzschutz von Thorn

sucht das Infanterie-Regiment 21

Freiwillige aller Dienstgrade und Truppengattungen.

Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen, Pioniere, Nachrichtentruppen und Train können sich melden:

Neue Inf.-Kaserne Rudak, Zimmer 16.

Bedingung.

Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung.
Verpflichtung auf volle Monate.
Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade (Mannschaften monatlich 30 M.). Außerdem 5 M. den Tag. Gute Verpflegung. Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.
Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Infanterie-Regiment von Borcke
(4. Pomm.) Nr. 21
Thorn-Rudak.

Westpreußischer Viehhandelsverband.

Auf Grund der Anordnung der Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen in Danzig vom 31. Dezember 1918 über den Ankauf von Schlachtvieh und den Handel mit Zucht-, Nutz- und Magervieh (Regierungsamtsblatt Danzig/Marienwerder (Sonderausgabe vom 6./4. Januar 1919 S. 11/9) sind anstelle der Hauptaufkäufer

Vertrauensmänner

des Westpreußischen Viehhandelsverbandes bestellt worden und zwar für den Kreis:

1. Berent .... der Viehhändler Rudolf Kresin in Berent,
2. Danzig Stadt ...
3. „ Höhe ...
4. „ Niederung — Viehhändler Franz Scheibke in Danzig, Schlachthof,
5. Dirschau ... der Viehhändler August Stephan in Dirschau,
6. Elbing Stadt
7. „ Land
8. Karthaus der Viehhändler Joh. Alter in Danzig, Trojangasse 9, u. der Fleischermstr. Leo Belain Karthaus,
9. Marienburg der Viehhändler Otto Norden in Marienburg,
10. Neustadt „ „ Gregor Lemke in Neustadt,
11. Putzig „ „ Franz Schumnarski in Putzig,
12. Pr. Stargard „ „ Joh. Woelk in Pr. Stargard,
13. Briesen „ „ Otto Kohlberg in Briesen,
14. Culm „ „ Alex Wittkowski in Culm,
15. Dt. Krone „ „ Reinhard Koepp in Dt. Krone,
16. Flatow „ „ Georg Werner in Zempelburg,
17. Graudenz Stadt
18. „ Land — der Viehhändler Paul Wittkowski in Graudenz, Rehdenerstraße 5,
19. Konitz der Viehhändler Hermann Less in Konitz,
20. Loebau „ „ Sally Lewin in Neumark,
21. Marienwerder „ „ Ernst Engel in Garnsee,
22. Rosenberg „ „ Herrmann Schulz, Dt. Eylau,
23. Schlochau „ „ Heinrich Teschke, Schlochau,
24. Schwetz „ „ Ambrosius Weinert, Schwetz,
25. Strasburg „ „ Bernhard Jaugsch in Podgorz bei Thorn,
26. Stuhm „ „ Joh. Wittkowski in Altmark,
27. Thorn Stadt
28. „ Land — der Viehhändler Stanislaus Jaugsch in Thorn, Brombergerstraße 10,
29. Tuchel der Viehhändler Hermann Less in Konitz.

Alles Vieh zur Schlachtung ist an den für den Kreis des Standortes des Tieres zuständigen Vertrauensmann abzuliefern.

Danzig, den 24. Januar 1919.

Der Vorstand.
Kette. Meyer.

Zentral-Theater

Neustädtischer Markt 13.

Von Freitag bis Montag:

Die Frauen des Josias Graffenreuth.

Ein Spiel von der Lieb, Glück und Leid.
Aus der Nessel-Orla-Serie 1918/19.

Der preisgekrönte Dackel.

Lustspiel in 3 Akten, in der Hauptrolle Max Mack.

Die hellsehende Wunderspinne

zeigt sich dem geehrten Publikum

von nachmittags 3 bis 9 Uhr, Brückenstraße 40.

Jeden Nachmittag:

Große Familien- und Kinder-Vorstellung

des berühmten Zauberkünstlers Professor **Alexander Fürst.**

„Das Geldgreifen aus der Luft.“

Hierzu ladet freundlichst ein **H. Wassman.**

Stadt-Theater

Freitag, 7. Februar, 7 Uhr:
Abonnem.-Vorst.! Zum 2. Male!

„Hannerl“.

(„Das Dreimäderlhaus,“ 2. Teil.)

Sonnabend, 8. Febr., nachm. 3 Uhr:
Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!
Ermäßigte Preise! Zum 1. Male!

„Max und Moritz“.

6 Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.
Abends 7 Uhr! Ermäßigte Preise!
Literarisch Abend! Zum letzten Male!

„Der Strom“.

Sonntag, 9 Februar, nachm 3 Uhr:
Ermäß Preise! Zum letzten Male!

„Die Fahrt ins Glück“.

Abends 7 Uhr! Zum 3. Male!

„Hannerl.“

Soldatenheim Thorn e. V.

Mitglieder - Versammlung

Freitag, den 7. 2., nachm. 5 Uhr,
im Soldatenheim.

Tagesordnung:
1. Fortführung des Heims.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung.

Angehörige des

Sportvereins Hohenzollern

wollen sich

Sonnabend, den 8. Februar
abends 7 Uhr

im Vereinslokal Hotel Hindenburg einfinden.

Maschke, 1. Vorsitzender.

Lämmchen

„Kleinkunstbühne“
Gerechtestr. 3.

Stürmischen

Beifall

erzielt allabendlich der neue

Februar-Spielplan

mit

2 Columbus 2

Heini Hetz
Bruno Schmidt

Anfang 6 Uhr.

Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Thorn

— eingetragener Verein. —

Jahresbeitrag 6.00 Mark.
Wohnungs-Nachweis in der Geschäftsstelle

Baderstrasse 26 — Telephon 927.

Geschäftsstunden tägl. v. 10—12 Uhr, und von 4—7 Uhr.

Abgabe von Mietsverträgen und Auskunft in allen Fragen des Hausbesitzes ebendaselbst. — **Vermietete Wohnungen sind sof. abzumelden.**

Friedrichstr. 10-12, Pferdest. u. Rem. f.
Seglerstr. 25, 1 Laden m. Keller 1. 7. 18.
Coppernicusstr. 8 2 Läden evtl. mit Wohnungen sofort.
Mellienstr. 103, 2 E. 5—6 Z. 1. 4. 19.
Friedrichstr. 10 12, 1 Laden m. Z. sof.
Mellienstr. 5, 3 Etg. 10 Zim. 1. 4. 19 Zentralheizung.
Friedrichstr. 10 12, 1 Etg. 6 Zimmer 1700 M. 1. 4. 19.
Schulstr. 23, 1 Etg. 8 Zim. 2200 M. 1 4 19, Zentralheizung

Brillantkollier

auf dem Wege vom Grützmühlenteich zur Breitestraße

verloren.

Gegen hohe Belohnung abzugeben bei

Kuntze & Kittler
Seglerstraße 21.

Synagogale Nachrichten.

Freitag Abendgottesdienst 4¾ Uhr.
Sonnabend Frühgottesdienst 7½ Uhr Hauptgottesdienst 10 Uhr. Abendgottesdienst 5.26 Uhr.
Morgengottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 4¾ Uhr.